



SITZUNGSVORLAGE

Nr. **2 1 - V - 0 6 - 0 0 1 0**
(Jahr-V-Amt-Nr.)

Betreff:

Dezernat(e) VI

Freigabe der Projektmittel von Arbeit Neu Denken

Anlage/n siehe Seite 3

Bericht zum Beschluss Nr. vom

Stellungnahmen

Personal- und Organisationsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Kämmerei	reine Personalvorlage <input type="radio"/>	→ s. unten <input checked="" type="radio"/>
Rechtsamt	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Umweltamt: Umweltprüfung	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Frauenbeauftragte nach - dem HGIG	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
- der HGO	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Straßenverkehrsbehörde	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Projekt-/Bauinvestitionscontrolling	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
Sonstige:	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>

Beratungsfolge

DL-Nr.

(wird von Amt 16 ausgefüllt)

a)	Ortsbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Kommission	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Ausländerbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
b)	Seniorenbeirat	nicht erforderlich <input checked="" type="radio"/>	erforderlich <input type="radio"/>
	Magistrat	Tagesordnung A <input type="radio"/>	Tagesordnung B <input checked="" type="radio"/>
	Eingangsstempel Büro des Magistrats	Umdruck nur für Magistratsmitglieder <input type="checkbox"/>	
	Stadtverordnetenversammlung	nicht erforderlich <input type="radio"/>	erforderlich <input checked="" type="radio"/>
	Ausschuss	öffentlich <input checked="" type="radio"/>	nicht öffentlich <input type="radio"/>
	Eingangsstempel Amt 16	<input checked="" type="checkbox"/> wird im Internet/PIWI veröffentlicht	

Bestätigung Dezernent


Manjura
Stadtrat

Vermerk Kämmerei

Wiesbaden,

- Stellungnahme nicht erforderlich
 Die Vorlage erfüllt die haushaltsrechtlichen Voraussetzungen.
 → siehe gesonderte Stellungnahme

Imholz
Stadtkämmerer

A Finanzielle Auswirkungen

Mit der antragsgemäßen Entscheidung sind keine finanziellen Auswirkungen verbunden.
 finanzielle Auswirkungen verbunden.
 (in diesem Fall bitte weiter ausfüllen)

I. Aktuelle Prognose Ergebnisrechnung Dezernat

HMS-Ampel rot grün Prognose Zuschussbedarf:

abs.: 54.032.353,00
 in %: 14,7

II. Aktuelle Prognose Investitionsmanagement Dezernat

Investitionscontrolling Investition Instandhaltung

Budget verfügte Ausgaben (Ist):

abs.: _____
 in %: _____

III. Übersicht finanzielle Auswirkungen der Sitzungsvorlage

Es handelt sich um Mehrkosten
 budgettechnische Umsetzung

IM	CO	Jahr	Bezeichnung	Gesamtkosten in €	darin zusätzl. Bedarf apl/üpl in €	Finanzierung (Sperr, Ertrag) in €	Kontierung (Objekt)	Kontierung (Konto)	Bezeichnung
	x	2022	Arbeit Neu Denken	2.500.000 €	0	2.500.000	1.05.08.005 / 104501	673510	Projekt Arbeit neu denken
Summe einmalige Kosten:				2.500.000 €	0	2.500.000			

Summe Folgekosten:									

Bei Bedarf Hinweise /Erläuterung: Es wird eine Vorabfreigabe von 50% der o.a. Gesamtmittel beantragt

B Kurzbeschreibung des Vorhabens

Die Inhalte dieses Feldes werden (außer bei vertraulichen Vorlagen, wie z. B. Disziplinarvorlagen) im Internet/Intranet veröffentlicht und dürfen den Umfang von 1200 Zeichen nicht überschreiten (soweit erforderlich: Ergänzende Erläuterungen s. Pkt. IV.; bei einigen Vorlagen (z. B. Personalvorlagen) entfallen die weiteren Ausführungen ab Pkt. I.)
Es dürfen hier keine personenbezogenen Daten im Sinne des Hessischen Datenschutzgesetzes verwendet werden (Ausnahme: Einwilligungserklärung des/der Betroffenen liegt vor). Es handelt sich um ein Pflichtfeld.

Der dringende Nachholbedarf bei der Modernisierung, hierzu zählt auch die Digitalisierung und Automatisierung von Verwaltungsprozessen und Dienstleistungen, ist nicht nur durch die Corona-Pandemie ersichtlich geworden. Das Projekt Arbeit Neu Denken im Dezernat VI konnte hier bereits zahlreiche zukunftsweisende Maßnahmen umsetzen und anstoßen. Um die dringend notwendigen Modernisierungsmaßnahmen effektiv fortführen zu können und Verzögerungen zu verhindern, ist eine Vorabfreigabe von 50% der Projektmittel 2022 unerlässlich.

Anlagen:

C Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass die durch das Projekt Arbeit Neu Denken angestoßenen bzw. in Abarbeitung befindlichen Modernisierungsprozesse unter Berücksichtigung von Beteiligungsaspekten sowohl in der Initiierungsphase, als auch während der Pilotierung und der dauerhaften Implementierung langfristig angelegt sind, dauerhaft weiterentwickelt werden müssen und nur dann wirksam fortgeführt werden können, wenn Haushaltsmittel auch während der Phase der vorläufigen Haushaltsführung zur Verfügung stehen. Andernfalls können beispielsweise keine Vergaben angestoßen, keine für das Projekt zwingend notwendigen Hardwareanschaffungen getätigt oder notwendige externe Dienstleistungen in Anspruch genommen werden. Es würde daher zu erheblichen Verzögerungen kommen.
2. Zur Sicherstellung der kontinuierlichen Modernisierung von Verwaltungsprozessen und Dienstleistungen in den Ämtern des Dezernates VI werden 50 % der für das Projekt Arbeit Neu Denken geplanten Projektmittel des Haushaltsjahres 2022 (ca. 1,25 Mio. Euro) nach Beschluss der Stadtverordnetenversammlung über den HH-Plan 2022/23 und vorab der Genehmigung der HH-Satzung durch die Aufsichtsbehörde freigegeben.

D Begründung

I. Auswirkungen der Sitzungsvorlage

(Angaben zu Zielen, Zielgruppen, Wirkungen/Messgrößen, Quantität, Qualität, Auswirkungen im Konzern auf andere Bereiche, Zeitplan, Erfolgskontrolle)

II. Demografische Entwicklung

(Hier ist zu berücksichtigen, wie sich die Altersstruktur der Zielgruppe zusammensetzt, ob sie sich ändert und welche Auswirkungen es auf Ziele hat. Indikatoren des Demografischen Wandels sind: Familiengründung, Geburten, Alterung, Lebenserwartung, Zuwanderung, Heterogenisierung, Haushalts- und Lebensformen)

III. Umsetzung Barrierefreiheit

(Barrierefreiheit nach DIN 18024 (Fortschreibung DIN 18040) stellt sicher, dass behinderte Menschen alle Lebensbereiche ohne besondere Erschwernisse und generell ohne fremde Hilfe nutzen können. Hierbei ist insbesondere auf die barrierefreie Zugänglichkeit und Nutzung zu achten bei der Erschließung von Gebäuden und des öffentlichen Raumes durch stufenlose Zugänge, rollstuhlgerechte Aufzüge, ausreichende Bewegungsflächen, rollstuhlgerechte Bodenbeläge, Behindertenparkplätze, WC nach DIN 18024, Verbreitung von Informationen unter der Beachtung der Erfordernisse von seh- und hörbehinderten Menschen)

IV. Ergänzende Erläuterungen

(Bei Bedarf können hier weitere inhaltliche Informationen zur Sitzungsvorlage dargelegt werden.)

Die Stadtverordnetenversammlung wird voraussichtlich am 16.12.2021 den Haushaltsplan 2022/2023 beschließen. Danach muss das Hessische Ministerium des Innern als Aufsichtsbehörde den Haushaltsplan genehmigen. Es ist daher davon auszugehen, dass ab dem 01.01.2022 die vorläufige Haushaltsführung gilt.

Bis zur Genehmigung des Haushaltsplanes durch die Aufsichtsbehörde können die Geschäfte der Landeshauptstadt Wiesbaden nur nach den Vorschriften über die vorläufige Haushaltsführung (§ 99 der Hessischen Gemeindeordnung - HGO) ausgeführt werden, daher kann eine komplette Auszahlung der Zuschüsse nicht erfolgen.

Durch die Bestimmungen der vorläufigen Haushaltsführung entscheidet die Stadtverordnetenversammlung für alle Maßnahmen, die über die Ermächtigung der vorläufigen Haushaltsführung Mittel bindet oder Kosten bewirkt.

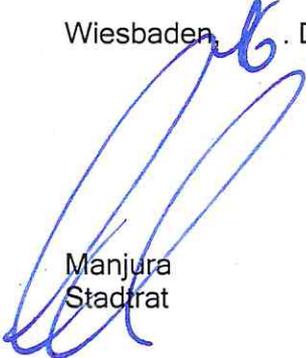
Um die Arbeitsfähigkeit und fortlaufende Durchführung der geplanten Modernisierungsmaßnahmen von Arbeit Neu Denken zu sichern, effektiv fortzuführen und Verzögerungen zu verhindern, ist eine Vorabfreigabe in Höhe von 50% der Projektmittel für das Haushaltsjahr 2022 unerlässlich.

V. Geprüfte Alternativen

(Hier sind die Alternativen darzustellen, welche zwar geprüft wurden, aber nicht zum Zuge kommen sollen.)

Ohne Vorabfreigabe müssten große Teile des Projektes während der Phase der vorläufigen Haushaltsführung pausieren.

Wiesbaden, 16. Dezember 2021


Manjura
Stadtrat

51.4 dezentrale
Steuerungsunterstützung
(4261/bu)
